**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

**(Wichtige Ereignisse in den Monaten Juli und August 2022)**

**EINLEITUNG: In die Monate Juli und August fällt, politisch-institutionell gesehen, eine Sommerpause. So entstammen die großen unten angeführten Ereignisse (nämlich die parlamentarische Verabschiedung des „Osterpakets“ und der Regierung-Beschluss eines dritten „Entlastungspakets“) den Monaten vor bzw. nach dieser Pause. Im Energiewende-Diskurs wurden allerdings auch in den Monaten Juli und August gravierende Mankos des Energiewende-Prozesses diskutiert: So die Stagnation des Windkraft-Ausbaus an Land, das Desaster im Verkehrssektor und das generelle viel zu langsame und manchmal inkonsequente Vorgehen der deutschen Regierung.[[1]](#footnote-1)**

1. **Das vieldiskutierte „Osterpaket“ (für den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien) wurde am 7. Juli vom Bundesparlament[[2]](#footnote-2) verabschiedet. Dies geschah nach einer monatelangen Phase heftigen Streits zwischen allen politischen Parteien (also auch zwischen den Parteien der Ampel) (#82).**

Den im April vom Kabinett verabschiedeten Regierungs-Entwurf des Pakets habe ich meinem Energie-Wende-Bericht von Monat April (siehe dort Punkt 2.) detaillierter beschrieben – dort kann man sich also über die Inhalte informieren.

Das nun im Parlament verabschiedete Gesetzespaket besteht aus mehreren unterschiedlichen Gesetzen:

* dem „Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien“
* dem „Windenergie-auf-See-Gesetzes “
* dem „Gesetz zu Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land“
* und dem „Bundesnaturschutzgesetz“

Verglichen mit dem Regierungsentwurf vom April wurden nun allerdings heftig kritisierte **Modifikationen und Abschwächungen** vorgenommen, **(#79**). So wurde das ambitionierte und nach Meinung vieler Beobachter und Akteure notwendige Ziel, bis 2035 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung zu erreichen, ersatzlos gestrichen. Die Ampel-Regierung gibt damit das Gesetzesziel auf, das deutsche Stromsystem bis 2035 de facto auf 100 Prozent Ökostrom umzustellen. Hier erwies sich, wie in anderen Punkten auch, die FDP als Bremserin **(#89)**.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Parlament, Verlinden, ist sich dennoch sicher, dass das Osterpaket Bewegung in die Energiewende bringen wird: "Nach vielen Jahren des Stillstands, der Stagnation tun wir jetzt mit dem Gesetzespaket einen großen Schritt, um den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben". So gehöre z.B. die EEG-Novelle zu den größten Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz seit dessen Bestehen. Weiterhin sagt Verlinden: "Mit diesem Gesetz wird der Strom grün. Wir schaffen Planungssicherheit, sowohl für diejenigen, die investieren wollen, als auch für die VerbraucherInnen", betonte die Abgeordnete. Neben dem Zwei-Prozent-Flächen-Ziel für Windkraft an Land, das jetzt gesetzlich verankert wird, sieht Verlinden vor allem bei der Photovoltaik eine massive Verbesserung der Rahmenbedingungen. Damit könnten nun wirklich die Dächer voll werden, erklärte sie.

Von Seiten der Grünen gab es allerdings auch **einen gravierenden Kritikpunkt**: Bundesregierung und Koalition hätten sich ursprünglich das Ziel gesetzt, beim Windkraftausbau den Artenschutzbelangen ausreichend Rechnung zu tragen. Letzte Änderungen im Gesamtpaket hätten jedoch diesem Ziel widersprochen. Ergebnis sei "ein Vertrag zulasten des Naturschutzes", heißt es in der Erklärung **(#77).**

Aus Sicht von SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch hat es seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 noch nie einen so großen Schritt beim Ausbau der erneuerbaren Energien gegeben. "Endlich reden wir nicht nur über Ziele, sondern sorgen auch dafür, dass wir sie erreichen", sagte Miersch. Der Ausbau der Erneuerbaren bekomme höchste Priorität **(#79).**

Der Unions-Energiepolitiker Andreas Jung sprach von einem "Paket der verpassten Chancen", auch wenn er nicht leugnen wolle, dass Dinge vorangebracht würden. Für den Ausbau von Photovoltaik sowie die Nutzung von Biomasse und Geothermie wäre mehr möglich gewesen, wenn die Union im Gesetzgebungsverfahren stärker einbezogen worden wäre. Dennoch kündigte Jung an, dass seine Fraktion den Gesetzen zum Netzausbau und zur Windkraft auf See zustimmen würde, auch weil die Ampel hier Vorschläge der Union mitaufgenommen habe **(#81**).

1. **In Deutschland stagniert der Ausbau der Windkraft an Land (#32a, #42a).**

Der Bau neuer Windkraftanlagen an Land kommt nicht voran. Die Geschwindigkeit des Windkraftausbaus habe sich im ersten Halbjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sogar leicht verringert, teilten der Bundesverband Windenergie (BWE) und der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) im Juli mit. Für das gesetzte Ziel, bis 2032 zwei Prozent der Fläche an Land für Windkraft zu nutzen, werde „das fünffache Volumen benötigt“.

Laut der Angaben der Verbände wurden im ersten Halbjahr in Deutschland insgesamt 238 neue Windanlagen errichtet, wodurch sich die durch Windenergie erbrachte Leistung um 977 Megawatt erhöhte. Dieser Zuwachs liegt um 0,2 Prozent unter dem des Vorjahreszeitraums. Zum Ende des ersten Halbjahres gab es demnach in Deutschland 28.000 Windanlagen mit einer Gesamtleistung von knapp 57.000 Megawatt. Rund 80 Prozent der neu gebauten Windanlagen entfielen dabei auf vier Bundesländer: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Niedersachsen. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen entstanden keine neuen Windräder, aber auch die großen Flächenstaaten Bayern (9 Stück) und Baden-Württemberg (21 Stück) haben nur einen sehr geringen Anteil an den neuen Anlagen.

Insgesamt sehe sich die Windbranche weiterhin mit altbekannten Hindernissen konfrontiert. So hätten sich die notwendigen Genehmigungsverfahren in den vergangenen fünf Jahren um 60 Prozent verlängert, zudem müsse die Rechtssicherheit der Genehmigungen verbessert werden. Auch die Bereitstellung von Flächen laufe noch immer nicht »mit der gebotenen Dringlichkeit«. „Der politische Wille ist da, die Ausbauziele wurden angepasst, aber es hakt weiterhin an den für den Zubau so wichtigen richtigen Rahmenbedingungen und deren konsequenter Anwendung“, sagte VDMA-Geschäftsführer Dennis Rendschmidt. Dringend notwendig seien weitere Gesetzesvorlagen, um mehr Flächen schneller zur Verfügung zu stellen. Die Hersteller der Windanlagen stünden zudem aufgrund von Lieferengpässen und Kostensteigerungen unter hohem wirtschaftlichem Druck. – Ob die Regelungen des Osterpakets diesbezüglich Abhilfe schaffen können oder werden, ist unklar.

1. **Der Verkehrsminister Wissing versagt total bei der Bewältigung seiner gesetzlichen Emissionsminderungs-Pflichten. Die aktuellen Pläne des Verkehrsministeriums tragen nämlich so gut wie gar nichts bei zu den bis 2030 vereinbarten CO2-Reduktionen (#68, #70, #73)**.

Sogar der von der Regierung eingesetzte **Klima-Expertenrat** hat dem Verkehrsministerium diesbezüglich ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt: Die Pläne zur Emissionsminderung seien schon im Ansatz „ohne hinreichenden Anspruch“.

Im Einzelnen: Jeder Bereich, ob Energiewirtschaft, Verkehr oder Bauen, muss – gemäß Klimaschutzgesetz – eigens definierte Einsparziele erreichen. Damit sollte der Gedanke verankert werden, dass nicht nur die Umweltministerin, sondern alle Ministerinnen und Minister eines Kabinetts jeweils in ihrem Bereich einen Teil der Verantwortung für das Megaprojekt Klimawende tragen.

Verfehlt ein Ressortchef die Vorgaben, muss er zügig ein Klimaschutzsofortprogramm vorlegen, das Maßnahmen auflistet, um die Ziele doch noch einzuhalten. Der Klima-Expertenrat prüft im Anschluss, ob die Vorhaben ausreichen. Das große Sorgenkind bei den Sektoren ist seit Jahren der Verkehr. Denn die Emissionen sind seit geraumer Zeit konstant oder steigen. Dabei müssten sie bis 2030 um 48 Prozent gesenkt – und damit fast halbiert werden. Auch 2021 hat das Haus von Minister Wissing die Ziele verfehlt und deshalb notgedrungen im Juli Ideen für Nachbesserungen vorgelegt. Die vorgelegten Zahlen sind erschütternd: Denn Wissings Pläne würden bis 2030 nur etwa 14 Megatonnen (Millionen Tonnen) CO2 einsparen – damit würden im Verkehr in diesem Zeitraum noch immer 261 Megatonnen CO2 mehr ausgestoßen als erlaubt. Damit droht das deutsche Klimaziel für 2030 am Verkehr zu scheitern. „Wir sprechen nicht mehr von schlechtem Klimaschutz. Wir sprechen von Arbeitsverweigerung“, kommentierte die Klimaaktivistin Luisa Neubauer.

Wegen des Verstoßes gegen den Paragrafen 8 des Klimagesetzes erhebt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Klage vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Die DUH strebt eine Verurteilung der Bundesregierung an, sodass diese ein gesetzeskonformes Klima-Sofortprogramm vorlegen muss – vor allem mit sofort wirksamen Maßnahmen gegen die CO2-Emissionen im Verkehr. Das von Wissing vorgelegte Sofortprogramm sei „eine Farce" und klar gesetzeswidrig, sagte DUH-Geschäftsführer

**Übrigens: Seit drei Jahren liegt eine detaillierte, quantitative Studie des angesehenen Analyseinstituts Prognos vor, die aufzeigt, wie die gebotenen Treibhausgas-Reduzierungen im Verkehrssektor bis 2030 erreichbar wären (#87, #88).**

1. **Für die bekannte Energiewende-Wissenschaftlerin Claudia Kemfert sind alle aktuellen Bemühungen Deutschlands, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, zu halbherzig. Es müsse viel schneller und konsequenter gehandelt werden (#46a).**

Die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland überhaupt noch auf einen 1,5-Grad-Pfad kommt, sei extrem gering. Das war schon so, bevor man entschieden hat, übergangsweise mehr Kohle zu nutzen. Der Grund sei: Der Energiesektor ist fast der einzige, der sich ernsthaft um das Erreichen der Klimaziele bemüht. **Andere Sektoren wie Verkehr, aber auch Gebäude hinken weit hinterher**. Das ist schwer aufzuholen, auch weil man kurzfristig mit dem Tankrabatt den Benzinverbrauch angekurbelt hat und dadurch mit steigenden Emissionen zu rechnen ist.

Auch drohten die Fehler der Vergangenheit sich zu wiederholen. Heute in fossile Infrastrukturen wie neue feste Flüssigerdgas-Terminals zu investieren, ist ein solcher Fehler. Heute sollte **ausschließlich in erneuerbare Energien investiert werden**. Das gilt auch für die Weltgemeinschaft und die G7. Der Bau neuer fester Flüssiggas-Terminals bedeutet, dass diese über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten ausgelastet sein müssen. Damit zementiert man fossile Carbon-Lock-ins und schafft falsche technologische Pfadabhängigkeiten. Die Erreichung der Klimaziele gerät so in weite Ferne.

Angesichts der Tatsache, dass **Wind- und Solarstrom in großen Mengen weggeworfen** werde, weil er nicht in die Netze passe, halte Kempfert es grundsätzlich für sinnvoll, dass man Strom aus erneuerbaren Quellen nutze, wo immer es geht. Statt die Anlagen abzuregeln, sei es auch sinnvoll, Speicher zu füllen. Überschüssiger Windstrom im Norden kann gut mittels Elektrolyseuren zu grünem Wasserstoff werden, der dann weiter genutzt werden kann. Solarenergie sollte mit dezentralen Speichern aufgefangen werden. Die denkbare Herstellung von E-Fuels aus überschüssigem Ökostrom sei dagegen sehr energieaufwendig und teuer. Kostbare E-Fuels sollten nicht im Gasnetz sozusagen verschwinden, das wäre reine Verschwendung. E-Fuels sollten besser sofort direkt als Treibstoff genutzt werden. Und außerdem gebe es zahlreiche low hanging fruits: Kurzfristig können existierende nachhaltige Biomasseanlagen genutzt werden, um fossiles Erdgas teilweise zu ersetzen. Zudem sollte sehr viel mehr Erdgas eingespart werden, sowohl im Industriebereich als auch im privaten Haushaltsbereich.

Kemfert betont schließlich: **Wir haben keine Zeit mehr für schöne Absichtserklärungen**, wir brauchen endlich beherztes Handeln. Wenn die beteiligten Länder schnell konkrete und umfassende Vereinbarungen treffen, nämlich die komplette Abschaffung von Subventionen für fossile Energien, die Abkehr von Kohle und den Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Ausstieg aus Verbrennungsmotoren und die Herstellung von grünem Stahl – dann prima! Glaubwürdig seien aber nur sichtbare Taten. Das zu lange Festhalten an fossilen Infrastrukturen widerspräche den Klimazielen. Was wir brauchen, sei Kooperation für erneuerbare Energien und Energiesparen – nicht hingegen für gemeinsame fossile Erdgasprojekte. Das schafft nur neue fossile Pfadabhängigkeiten und treibt die Klimakrise voran. Noch mehr fossile Energien zu fördern, mag sehr kurzfristig Symptome lindern, aber schon mittelfristig werden sie verschlimmert.

Kemfert verwundert es auch, dass wir keinen **Energiewende-Gipfel machen**. Der müsste zum Ziel haben, ein Notfall-Programm zur Lösung der fossilen Energiekrise auf den Weg zu bringen. Dazu würde gehören, sofort alle beantragten Erneuerbaren- Anlagen zu genehmigen, ein Ausbildungs- und Umschulungsprogramm für Fachkräfte auf den Weg zu bringen. Man müsse statt des Einbaus neuer Gasheizungen ein umfassendes Wärmewende-Programm auflegen sowie Erdgas- Kraftwärmekopplung durch Solarthermie oder andere Erneuerbaren-Programme für die Industrie ersetzen. Jetzt bekomme man aber leider den Eindruck, dass der Wirtschaftsminister fast allein an Lösungen arbeitet. Wichtig sei es hingegen, dass sich alle Ministerien – Bau, Bildung, Justiz, Arbeit, Umwelt, Landwirtschaft, Verkehr bis hin zum Innenministerium – geschlossen für echte Lösungen einsetzen. Wir sind in einer ernsten Energiekrise und die Bundesregierung sollte als Team dauerhafte Antworten finden. Die Liste der dringend zu erledigenden Aufgaben werde immer länger, wenn weiterhin zu zögerlich gehandelt wird.

1. **Um soziale Härten der prekären Situation auf den Energiemärkten abzumildern, beschloss die Regierung Anfang September ein drittes „Entlastungspaket “.** (In diesem Jahr wurden insgesamt drei Entlastungspakete verabschiedet: im Februar, im Mai und Anfang September. Siehe ausführlicher dazu: **#86**.)

**Das dritte Entlastungspaket** sieht folgendes vor:

* **Strompreisbremse**: Privathaushalte sollen eine gewisse Menge Strom (Basisverbrauch) zu einem vergünstigten Preis erhalten
* **Nachfolge 9-Euro-Ticket**: Kosten zwischen 49 und 69 Euro; soll bundesweit als Nahverkehrsticket gelten – aber nur, wenn die Länder die gleiche Summe wie der Bund (1,5 Milliarden Euro) dazugeben
* **Abschöpfung von Zufallsgewinnen** von Stromkonzernen, die aktuell mehr als üblich durch den hohen Strompreis profitieren
* **Bürgergeld** löst 2023 Hartz IV ab, Betrag dann monatlich rund 500 Euro
* **Kindergeld** soll zum 1. Januar für das erste und zweite Kind um je 18 Euro erhöht werden, Erhöhung des Kinderzuschlags auf 250 Euro
* **Energiepauschale** jetzt auch für Rentner und Rentnerinnen (300 Euro), Studierende und Fachschüler erhalten einmalig 200 Euro
* **Wohngeldreform**: Kreis der Berechtigten soll auf bis zu zwei Millionen Menschen erweitert werden; dauerhafte Integration von Klimakomponente und Heizkostenzuschuss von mindestens 415 Euro (dies für einen Ein-Personen-Haushalt, das erhöht sich, je mehr Personen im Haushalt leben)
* **Erhöhung des CO2-Preises** soll auf Januar 2024 verschoben werden
* **Senkung der Umsatzsteuer** auf Gasverbrauch bis Ende März 2024 von 18 auf 7 Prozent (als Ausgleich für Gasumlage)
* **Steuererleichterungen** (Abbau der kalten Progression)
* **Entfristung der Homeoffice-Pauschale** (Werbungskostenabzug bei Einkommenssteuer bis maximal 600 Euro jährlich)

Die Reaktionen auf die Pläne zum dritten Entlastungspaket fielen unterschiedlich aus. Der DGB in Nordrhein-Westfalen begrüßte sie, Wirtschaftsvertreter kritisierten die Beschlüsse unter anderem als zu wenig zielgenau. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnte vor einer anhaltenden sozialen Schieflage. Auch die Oppositionsparteien im Bundestag kritisierten die Entlastungspläne der Bundesregierung als unzureichend und zu vage – vor allem im Hinblick auf das Thema „hoher Gaspreis“.

**-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------**

**LITERATUR**

**#32a:** [**https://www.spiegel.de/wirtschaft/windkraft-bau-neuer-anlagen-an-land-stagniert-a-e8974ce1-e226-4341-9368-9ea80bcb8afa#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wirtschaft/windkraft-bau-neuer-anlagen-an-land-stagniert-a-e8974ce1-e226-4341-9368-9ea80bcb8afa#ref=rss)

**#42a:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/energiewende-nicht-genug-windkraft-1.5621121?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/energiewende-nicht-genug-windkraft-1.5621121?source=rss)

**32**

**#46a:** [**https://www.klimareporter.de/deutschland/fossile-pfade-der-prima-klimaklub-und-das-warten-auf-den-energiegipfel**](https://www.klimareporter.de/deutschland/fossile-pfade-der-prima-klimaklub-und-das-warten-auf-den-energiegipfel)

**#68:** [**https://www.klimareporter.de/deutschland/verkehr-crasht-das-klimaziel**](https://www.klimareporter.de/deutschland/verkehr-crasht-das-klimaziel)

**#70:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/volker-wissings-sofortprogramm-ist-das-noch-schlechter-klimaschutz-oder-schon-arbeitsverweigerung-a-18ae22f8-09f7-4dc2-9dd0-2640d58cd0b1#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/volker-wissings-sofortprogramm-ist-das-noch-schlechter-klimaschutz-oder-schon-arbeitsverweigerung-a-18ae22f8-09f7-4dc2-9dd0-2640d58cd0b1#ref=rss)

**#73:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/expertenrat-klimafragen-klimaziele-verkehr-1.5645316?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/expertenrat-klimafragen-klimaziele-verkehr-1.5645316?source=rss)

**#77:** [**https://www.klimareporter.de/strom/gruenen-politiker-lehnen-neues-naturschutzrecht-ab**](https://www.klimareporter.de/strom/gruenen-politiker-lehnen-neues-naturschutzrecht-ab)

**#79:** [**https://www.klimareporter.de/strom/ampel-gibt-100-prozent-oekostrom-ziel-fuer-2035-auf**](https://www.klimareporter.de/strom/ampel-gibt-100-prozent-oekostrom-ziel-fuer-2035-auf)

**#81:** [**https://www.n-tv.de/politik/Bundestag-verabschiedet-Gesetzespaket-Ausbau-der-erneuerbaren-Energien-wird-neu-geregelt-EEG-Umlage-entfaellt-dauerhaft-article23447698.html**](https://www.n-tv.de/politik/Bundestag-verabschiedet-Gesetzespaket-Ausbau-der-erneuerbaren-Energien-wird-neu-geregelt-EEG-Umlage-entfaellt-dauerhaft-article23447698.html)

**#82:** [**https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-de-energie-902620**](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw27-de-energie-902620)

**#86:** [**https://www.deutschlandfunk.de/hohe-energiepreise-energiesparen-entlastungspaket-102.html#eins**](https://www.deutschlandfunk.de/hohe-energiepreise-energiesparen-entlastungspaket-102.html#eins)

**#87:** [**https://www.prognos.com/de/projekt/klimapfade-verkehr-2030**](https://www.prognos.com/de/projekt/klimapfade-verkehr-2030)

**#88:** [**https://www.prognos.com/sites/default/files/2021-01/20190219\_analyse\_bcg\_prognos\_klimapfade\_verkehr\_2030.pdf**](https://www.prognos.com/sites/default/files/2021-01/20190219_analyse_bcg_prognos_klimapfade_verkehr_2030.pdf)

**#89:** [**https://www.rosalux.de/news/id/46755/grosses-energiepaket-von-fdp-durchloechert**](https://www.rosalux.de/news/id/46755/grosses-energiepaket-von-fdp-durchloechert)

1. **Quellen** für das Folgende sind: Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Diesbezügliche Literaturhinweise befinden sich am Anfang oder Ende der folgenden Textabschnitte bzw. am Ende dieses Berichts unter der Überschrift „Literatur“. Symbol der Literaturhinweise: „#“. [↑](#footnote-ref-1)
2. und wenige Tage später auch vom Bundesrat [↑](#footnote-ref-2)